

Vorlage-Nr.: **1133-2012/DaDi** vom 12.10.2012  
 Aktenzeichen: 099-006  
 Fachbereich: Fraktion der FDP  
 Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie  
 Beteiligungen:  
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **GEMA-Tarifreform  
Antrag FDP**

**Beschlussvorschlag:**

Der KA wird aufgefordert, sich für das Tätigwerden der kommunalen Spitzenverbände dahingehend einzusetzen, dass für Musikveranstaltungen im nichtkommerziellen Bereich Rahmenvereinbarungen abgeschlossen werden können, die die überwiegend ehrenamtlich tätigen Vereine vor erheblichen Zusatzkosten durch die geplante GEMA-Erhöhung schützen.

## **Begründung:**

Der Hessische Wirtschaftsminister plant eine Bundesratsinitiative zur GEMA-Reform, die die bisher erkennbaren drastischen Anhebungen von Urheberrechts-Gebühren für den Bereich der Betroffenen insoweit reduzieren soll, dass existenzgefährdende Auswirkungen für z.B. Musikkneipen, Diskotheken, Clubs oder Kulturveranstaltungen vermieden werden und vor allem ehrenamtlich durchgeführte Veranstaltungen nicht mehr initiiert werden (Feuerwehrfeste, Vereinskonzerte etc.), weil die Gebühren nicht erwirtschaftet werden können. Mit dem Antrag soll diese Bundesratsinitiative unterstützt werden, ohne berechtigten Forderungen der Künstler zum Schutz des geistigen Eigentums zu verkennen.

Mit dem Tätigwerden der kommunalen Spitzenverbände soll bei der GEMA-Tarifneuordnung u.a. auch die vom Land Hessen geforderte Beibehaltung der Möglichkeit einer Ganzjahres-Rahmenvereinbarung zur Pauschalierung der Urheberrechtsgebühren aus der Betroffenheit der Kreise unterstützt werden. Außerdem soll weiterhin möglich bleiben, dass ehrenamtlich Tätige sowie Vereine durch Rabattsysteme oder Freistellungsregelungen entlastet werden, damit gemeinnützige Arbeit weiterhin möglich ist.